


# Rundbrief des Landespräventionsrates Niedersachsen

78. Ausgabe I Mai 2021

# Inhaltsverzeichnis


## 1. Infos aus dem Vorstand und der Geschäftsstelle

1.1 Personelle und strukturelle Änderungen in der Geschäftsstelle

1.2 Informationen zu „Communities That Care“ und zur „Grüne Liste Prävention“

1.3 Gründung des Bündnisses für gute Nachbarschaft in Niedersachsen

1.4 Informationen des Landes-Demokratiezentrums Niedersachsen

1.5 Neues Forschungsgutachten zur Extremismusprävention „Was man gegen Radikalisierung tun kann und sollte“

1.6 Förderaufruf für die Entwicklung von wirkungszentrierten Konzepten und Projekten zur universellen Prävention von Linksextremismus

## 2. Ausblick auf Veranstaltungen und Fortbildungen

2.1 10. Tagung in der Reihe zur kommunalen Alkoholprävention

2.2 Fortbildung „Entwicklungsorientierte Radikalisierungsprävention – Was man tun kann und sollte“

2.3 Niedersächsischer Kinderschutzkongress 2021 - Gewaltfreies Aufwachsen möglich machen

2.4 Informationsveranstaltung zum Präventionsgesetz der FINDER Akademie

2.5 Bündnis NIEDERSACHSEN PACKT AN: Workshop „Was können wir gegen Rassismus tun?“

## 3. Veröffentlichungen/Wettbewerbe

3.1 Neues Buch „Nicht nur ein Tropfen auf den heißen Stein …: Zur Entwicklung von Motiven der Abwendung von rechtsextrem orientierten Szene- und Haltungszusammenhängen“

3.2 Belastungen von Schülerinnen und Schülern in der Pandemie begegnen

3.3 Jahresbericht 2020 des Landesbeauftragten gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens

3.4 Polizeiliche Kriminalstatistik 2020: Historisch niedrige Kriminalitätszahlen und gleichzeitig höchste Aufklärungsquote

3.5 Ratgeber zum Umgang mit rechten Angriffen und Bedrohungen auf Kommunalpolitiker*innen und Verwaltungen

3.6 Handlungsempfehlungen Antisemitismus im Fußball

3.7 Wettbewerb „Gute Nachbarschaft“ 2021

3.8 Wettbewerb „Unbezahlbar und freiwillig – Der Niedersachsenpreis für Bürgerengagement“

# 4. Kommunales/Verschiedenes

4.1 Online-Vortragsreihe „Alles OK im WWW?“ des Präventionsrates Oldenburg

4.2 Förderpreis Jugendarbeit 2021 des Landkreises Aurich

4.3 Fachtagung „Neue Psychoaktive Substanzen und Darknet“ des Kommunalen Präventionsrates Delmenhorst

4.4 Onlinebefragung zu Situation und Perspektiven des Ehrenamtes in Niedersachsen

4.5 Broschüre „Gemeinsam gegen sexuellen Missbrauch“ und Erklärfilm „Sexueller Missbrauch – Infos für Kids“ der Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen

4.6 Digitale Umsetzung von Präventionsprogrammen

4.7 Projekte des DFK für die Präventionspraxis

**Redaktion:**
Julia Jahns
LPR Niedersachsen
Tel.: 05 11/1 20-8704
julia.jahns@mj.niedersachsen.de

# 1. Infos aus dem Vorstand und der Geschäftsstelle

## 1.1 Personelle und strukturelle Änderungen in der Geschäftsstelle

**Einrichtung einer Referatsgruppe „Prävention und Opferschutz“ (RefGr PrävO) im Niedersächsischen Justizministerium**
Die Landesregierung hat am 23.02.2021 mit Wirkung vom 01.03.2021 die Einrichtung einer Referatsgruppe „Prävention und Opferschutz“ (RefGr PrävO) im Niedersächsischen Justizministerium (MJ) beschlossen. Der Referatsgruppe wurden die bisher der Abteilung IV zugeordneten Referate 405 (LPR) und 406 (LPR) mit den Referatsbezeichnungen „PrävO 2 (LPR)“ und „PrävO 3 (LPR)“ zugeordnet und ein neues Referat „PrävO 1“ mit dem Aufgabenbereich „justizielle Angelegenheiten des Opferschutzes sowie Opferhilfe, Geschäftsstelle des Landesbeauftragten für Opferschutz“ eingerichtet.

Frau Leitende Ministerialrätin Kirsten Böök hat am 01.03.2021 die Leitung der Referatsgruppe und die Leitung des Referats PrävO 1 übernommen.

Kirsten Böök nahm nach ihrem Jura-Studium in Osnabrück die Tätigkeit bei der Staatsanwaltschaft Braunschweig auf. Dort leitete sie bereits im Jahr 1994 das Dezernat für sexuelle Gewalt gegen Frauen. Geprägt durch diese Arbeit engagierte sich Frau Böök auch später als Staatsanwältin in Wirtschaftsstrafsachen in der Stiftung Opferhilfe Niedersachsen.

Im Jahr 2006 wurde Kirsten Böök zur stellvertretenden Leiterin der Jugendanstalt Hameln ernannt und befasste sich mit der Täterarbeit. Im Anschluss daran war sie für den Aufbau einer Abteilung für Tötungsdelikte bei der Staatsanwaltschaft Braunschweig zuständig.

Seit 2016 ist Frau Böök im MJ tätig, zunächst als Leiterin des Referates 301 für Personal, Haushalt und Organisation in der Abteilung IV.

Ferner bietet Kirsten Böök seit mehreren Jahren interdisziplinäre Fortbildungen zum Thema „Trauma und Justiz“, gemeinsam mit dem Traumatherapeuten Ulrich Sachsse, an. Im Rahmen der Zusammenarbeit wurde das Buch „Trauma und Justiz – juristische Grundlagen für Psychotherapeuten – psychotherapeutische Grundlagen für Juristen“ veröffentlicht. Diesem Werk folgten zahlreiche Aufsätze in Büchern sowie Vorträge zu den justiziellen Möglichkeiten des Opferschutzes.

**Personalveränderung in der Koordinierungsstelle Häusliche Gewalt**
Mit Wirkung zum 01. Mai 2021 ist Frau Sozialdirektorin Nicola Wimmers, JVA Hannover, an das Niedersächsische Justizministerium abgeordnet worden. Sie ist dort in der Koordinierungsstelle Häusliche Gewalt in der Geschäftsstelle des Landespräventionsrates Niedersachsen tätig.

Nicola Wimmers studierte Germanistik und Wirtschaftswissenschaften sowie Diplom-Sportwissenschaften und Sportpublizistik. Als zweites Standbein legte sie zusätzlich das Zweite Staatsexamen ab, bevor sie 1997 nach Niedersachsen wechselte. Seitdem ist sie im Justizvollzug beschäftigt. Nach Tätigkeiten in unterschiedlichen Justizvollzugseinrichtungen mit unterschiedlichen Funktionen erfolgte zuletzt 2018 der Wechsel an die JVA Hannover.

Kontakt:
Nicola Wimmers
Tel. 0511 120 8730
Nicola.Wimmers@mj.niedersachsen.de

## 1.2 Informationen zu „Communities That Care“ und zur „Grüne Liste Prävention“

**CTC und Grüne Liste auf dem 26. Deutschen Präventionstag**
Auf dem 26. Deutschen Präventionstag (DPT) werden online verschiedene Veranstaltungen zu der Methode „Communities That Care“ (CTC) und zur „Grüne Liste Prävention“ stattfinden.

Zu der Ausbildung von CTC - Multiplikator*innen auf der Ebene der Bundesländer gibt es einen Projektspot am Montag, dem 10.05.2021, von 15.30 - 16.00 Uhr.
Ein weiterer Projektspot zur Verbindung von Präventionsstrukturen und Jugendhilfeplanung läuft am Dienstag, dem 11.05.2021, von 9.00 - 9.30 Uhr unter Beteiligung der CTC - Kommune Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald.

Zu Möglichkeiten der digitalen Umsetzung von Präventionsprogrammen aus der „Grüne Liste Prävention“ wird auf einer Veranstaltung am Montag, dem 10.05.2021, von 14.00 - 15.00 Uhr informiert - am Beispiel der Präventionsprogramme Papilio, Klasse2000 und Triple P.

Zur Anmeldung und zum Programm des 26. DPT geht es hier und hier.

**Startveranstaltung zur bundesweiten CTC-Evaluation**
Am 23.03.2021 fand die Online-Veranstaltung zum „Kick-off" der bundesweiten Evaluation zu „Communities That Care – CTC" für die beteiligten Kommunen statt.
Die vom Landespräventionsrat Niedersachsen aus den Vereinigten Staaten von Amerika nach Deutschland übertragene kommunale Präventionsstrategie wird damit erstmals auch im deutschen Kontext auf ihre Wirksamkeit untersucht.

Mehr zur Studie finden Sie unter www.gesunde-kommunen.de.

Kontakt:
Frederick Groeger-Roth
Tel.: 0511 120 8727
frederick.groeger-roth@mj.niedersachsen.de

## 1.3 Gründung des Bündnisses für gute Nachbarschaft in Niedersachsen

Auf eine Initiative der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen e.V. (LAG F-W) wurde am 14.04.2021 das „Bündnis für gute Nachbarschaft in Niedersachsen" gegründet. An der Gründung waren u.a. der Niedersächsische Bauminister Olaf Lies, der Vorstandsvorsitzende der LAG F-W Hans-Joachim Lenke sowie weitere Bündnispartner*innen beteiligt.
Der Landespräventionsrat Niedersachsen (LPR) hat sich als Gründungsmitglied bereiterklärt, in dem Bündnis mitzuwirken und dieses insbesondere durch seine Expertise in den Bereichen „kommunale Prävention" sowie „Sicherheit im Städtebau" zu begleiten.
Frau Prof. Dr. Ute Haas, die Vorstandsvorsitzende des LPR, hat für den LPR an der Gründungsveranstaltung teilgenommen und ist mit einem Videostatement zur Gründung auf der neuen Webseite des Bündnisses zu finden.

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.gutenachbarschaft-nds.de.
Die Funktion einer Geschäftsstelle für das Bündnis übernimmt die LAG Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V.

Kontakt:
LAG Soziale Brennpunkte e.V.
Tel.: 0511 701 0709
geschaeftsstelle@lag-nds.de

## 1.4 Informationen des Landes-Demokratiezentrums Niedersachsen

**Neue Dachmarke der Ausstiegsarbeit: ZIVAR**
Das Landes-Demokratiezentrum (L-DZ) im Niedersächsischen Justizministerium fördert mit Bundes- und Landesmitteln im Rahmen des Bundesprogramms *„Demokratie leben!“* aus dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zivilgesellschaftliche Präventionsangebote, u. a. im Phänomenbereich Rechtsextremismus. Hierzu gehören die „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus – Für Demokratie“, Angebote der Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt sowie Ausstiegsangebote aus der rechtsextremen Szene.
Die letztgenannten Angebote werden in zwei Regionalbüros umgesetzt:

- Distance - Ausstieg Rechts, verantwortlich für Nord-West-Niedersachsen
- Rauszeit - Ausstiegshilfe Rechts, verantwortlich für Süd-Niedersachsen

Beide Akteur*innen stehen ebenfalls als Kontaktstelle für Nord-Ost-Niedersachsen zur Verfügung und betreuen diesen Bereich gemeinsam.

Beide Ausstiegsangebote haben im vergangenen Jahr eine Dachmarke gegründet: ZIVAR - Zivilgesellschaftliche Ausstiegsberatung Rechts. Beide Anbieter führen damit ihre unterschiedlichen Kompetenzen zusammen und bilden so eine niedersachsenweite Fachstruktur zur Umsetzung und Entwicklung von zivilgesellschaftlicher Ausstiegsarbeit aus. Neben der Erhöhung der Sichtbarkeit der Ausstiegsangebote gehört zu den Tätigkeitsschwerpunkten von ZIVAR auch die Entwicklung und Umsetzung gemeinsamer Standards der Ausstiegsarbeit, der Aufbau gemeinsamer Vernetzungsstrukturen sowie ein regionsübergreifender Fachaustausch. Kooperative Fallbearbeitungen sind gewünscht und möglich. Angestrebt ist auch eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit unter der Dachmarke ZIVAR.

Darüber hinaus beteiligen sich beide Ausstiegsakteur*innen an einem Onlineberatungsangebot, das von den im Nordverbund Ausstieg Rechts vertretenen Ausstiegshilfen im vergangenen Jahr entwickelt wurde. Damit steht niedersächsischen Ausstiegsinteressierten erstmalig ein zivilgesellschaftliches Beratungsangebot zum Ausstieg aus der rechten Szene zur Verfügung, was die Ausstiegsberatung unter Pandemiebedingungen deutlich erleichtert und bereichert. Das Online-Beratungsangebot kann über die Websites der Ausstiegshilfen kostenfrei in Anspruch genommen werden: https://distance-ausstieg-rechts.de/beratung/, https://www.arug-zdb.de/rauszeitausstieg/

**Antidiskriminierungsberatung**
Seit Februar fördert das L-DZ neben der bereits existierenden Beratungsstelle zur Antidiskriminierung in Lüneburg einen weiteren Standort, angesiedelt bei der Stadt Braunschweig.
Im derzeitigen Förderjahr wird ein Netzwerk aus vorrangig zivilgesellschaftlichen Partner*innen, die auf verschiedene Art und Weise Berührung mit dem Themenfeld Antidiskriminierung hatten, aufgebaut. Dieses Netzwerk wird in den Folgejahren die Beratungsstelle inhaltlich unterstützen.
Die Beratungsstelle zur Antidiskriminierung wird 2022 in Braunschweig ihre Arbeit aufnehmen.

**Förderung von Kleinprojekten**
In der ersten Förderperiode für Kleinprojekte werden vom L-DZ zwei Projekte gefördert - ein Projekttag an der Friedensschule Lingen, der Schüler*innen im Umgang mit Rassismus und Gewalt schulen und sensibilisieren soll, sowie eine interaktive Plakataktion in Celle im Rahmen der Celler Aktionswochen für Vielfalt.
Die nächsten Antragsfristen für Kleinprojekte (max. Fördersumme des L-DZ sind 2.500 €) enden am 01. Juli bzw. am 08. Oktober 2021. Zusätzlich besteht die Möglichkeit außerhalb dieser Fristen einen Antrag zu stellen, wenn das Projekt auf unvorhersehbare Ereignisse oder Entwicklungen reagiert.

Weitere Informationen finden Sie hier.

Kontakt:
L-DZ Niedersachsen
Tel.: 0511 120 8740
landes-demokratiezentrum@lprnds.de

## 1.5 Neues Forschungsgutachten zur Extremismusprävention „Was man gegen Radikalisierung tun kann und sollte“

**Neue wissenschaftliche Impulse für die Prävention von Extremismus**
Ein Forschungsgutachten der Friedrich-Schiller-Universität Jena liefert neue Erkenntnisse für Fachkräfte, die sich im Bereich der Prävention von Extremismus engagieren. Das Gutachten beruht auf einem entwicklungsorientierten Ansatz und bietet konkrete Hinweise für erfolgversprechende Prävention in ganz unterschiedlichen Bereichen wie Schule, Jugend- und Sozialarbeit, Medienpädagogik, Justiz oder Polizei.

**Entwicklungsorientierte Prävention**
Der Entwicklungspsychologe Prof. Dr. Andreas Beelmann hat mit seinem Forscherteam über Tausend wissenschaftliche Arbeiten ausgewertet und die spezifischen individuellen, sozialen und gesellschaftspolitischen Faktoren vom frühen Kindesalter bis ins Erwachsenenleben zusammengefasst, die dazu beitragen, dass Menschen sich radikalisieren. Er entwickelt daraus erstmals ein Modell, das mit bestimmten Wahrscheinlichkeiten Radikalisierungsprozesse und Extremismus vorhersagen kann und daraus gezielte Maßnahmen ableitet, um extremistische Entwicklungen zu stoppen.

**Das Radikalisierungsmodell**
Extremismus ist nach Beelmann in erster Linie ein soziales Gruppenphänomen und lässt sich zusammenfassend auf problematische Entwicklungen in vier Kernbereichen zurückführen:

- auf frühe Ausprägung von stabilen Vorurteilen,
- Störungen bei der Entwicklung der Identität im Jugendalter,
- Hinwendung zu extremistischen Ideologien und
- erhöhte Gewaltbereitschaft.

In diesen Bereichen ließen sich umgekehrt gezielt Schutzfaktoren aufbauen.

**Handlungsempfehlungen für die Praxis**
Für die Anwendung in der Praxis präsentieren die Wissenschaftler schließlich eine lange Liste von Handlungsempfehlungen für Präventionsmaßnahmen, die für die Arbeit verschiedener Professionen relevant sein kann.
Dazu gehört unter anderem, mit gezielten Programmen schon ab dem frühen Kindesalter Toleranz zu üben und Anderssein zu akzeptieren, im Jugendalter Selbstwert und Anerkennung zu fördern sowie die Widerstandsfähigkeit gegen Ideologien zu erhöhen. Stärkung von Medienkompetenz, politischer Bildung und demokratischer Beteiligung werden als nachweislich wirksame Instrumente genannt, die zum Schutz vor Radikalisierung beitragen können.

Das Gutachten **„Entwicklungsorientierte Radikalisierungsprävention. Was man tun kann und sollte“** (Beelmann/Lutterbach/Rickert/Sterba 2021) wurde vom Landespräventionsrat Niedersachsen (LPR) im Rahmen des Landesprogramms für Demokratie und Menschenrechte gefördert und steht zum Download auf der Internetseite des LPR zur Verfügung.

Kontakt:
Koordinierungsstelle Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte
Tel.: 0511 120 8722
kostlp@mj.niedersachsen.de

## 1.6 Förderaufruf für die Entwicklung von wirkungszentrierten Konzepten und Projekten zur universellen Prävention von Linksextremismus

Die Frist zur Abgabe von Förderanträgen wurde mit Wirkung vom 03.05.2021 bis zum 01.06.2021 verlängert.

Gefördert wird die Entwicklung oder Weiterentwicklung eines Fortbildungskonzepts für schulische Lehrkräfte und die Entwicklung oder Weiterentwicklung eines auf den Umgang von Jugendlichen mit sozialen Medien ausgerichteten Präventionskonzepts.

Hier gelangen Sie zu dem Förderaufruf.

Kontakt:
Koordinierungsstelle Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte
Tel.: 0511 120 8722
kostlp@mj.niedersachsen.de

# 2. Ausblick auf Veranstaltungen und Fortbildungen

## 2.1 10. Tagung in der Reihe zur kommunalen Alkoholprävention

Der Landespräventionsrat Niedersachsen (LPR) führt gemeinsam mit dem Niedersächsischen Landesjugendamt (NLJA), der Niedersächsischen Landesstelle für Suchtfragen (NLS), der Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen (LJS) und der Landesvereinigung für Gesundheit / Akademie für Sozialmedizin (LVG&AFS) nun zum zehnten Mal eine Tagung zur "Professionalisierung kommunaler Alkoholprävention" durch.

Bei der Online-Veranstaltung am 09. September 2021 wird es um die Partizipation von Jugendlichen in der Alkohol- und Suchtprävention gehen. Ein Tagungsflyer wird demnächst erstellt.

Kontakt:
Frederick Groeger-Roth
Tel.: 0511 120 8727
frederick.groeger-roth@mj.niedersachsen.de

## 2.2 Fortbildung „Entwicklungsorientierte Radikalisierungsprävention – Was man tun kann und sollte“

Die interdisziplinäre Fortbildung richtet sich an pädagogische Fachkräfte aus den Bereichen Schule (Schulsozialarbeit, Beratungslehrkräfte, Schulpsychologie, Multiplikator*innen, Schulverwaltung, Schulleitung), Jugendhilfe, Kreis- und Stadtjugendpflege, sowie an Fachkräfte der kommunalen und polizeilichen Prävention (Beauftragte für Kriminalprävention, Beauftragte für Jugendsachsen und Präventionsstelle „Politisch motivierte Kriminalität“) und Fachkräfte der Familien- und Erziehungsberatung aus Niedersachsen.

**Termine:**
Variante a): Eintägige Online-Veranstaltung am Freitag den 18. Juni 2021, von 09.00 – 15.00 Uhr
Variante b): Zweitägige Präsenz-Veranstaltung am Freitag und Samstag, den 08. /09. Oktober 2021 in Hannover

**Dozenten:**
Prof. Dr. Andreas Beelmann & Sebastian Lutterbach, Friedrich-Schiller-Universität Jena

Sie wollen die aktuellen Erkenntnisse aus über 1000 nationalen und internationalen Forschungsarbeiten zur Prävention von Radikalisierungsprozessen praxisorientiert und leicht verständlich aufbereitet vermittelt bekommen? Sich in interdisziplinär zusammengesetzten Gruppen über die praktische Umsetzung der daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen zu wirksamen Bildungs- und Präventionsmaßnahmen austauschen? Ihre eigenen Ideen zur Umsetzung in die Praxis wissenschaftlich reflektieren lassen? Dann empfehlen wir Ihnen eine Teilnahme.

Der Entwicklungspsychologe und Präventionsforscher Prof. Dr. Andreas Beelmann von der Friedrich-Schiller-Universität Jena hat mit seinem Team als Kooperationspartner des Landesprogramms für Demokratie und Menschenrechte vier Jahre lang aktuell vorliegende, empirische Erkenntnisse zur Entstehung und Prävention von Radikalisierung und Extremismus ausgewertet. Vorgestellt wird sowohl das auf diesen Erkenntnissen basierende Radikalisierungsmodell als auch die daraus abgeleiteten praxisorientierten Handlungsempfehlungen für eine wirksame Bildungs- und Präventionsarbeit.

Weitere Inhalte der Fortbildung sind: Konzeptionelle Grundlagen der Prävention, Definitionen und Abgrenzungen im Themenfeld, sozial- und entwicklungspsychologische Grundlagen von Radikalisierungsprozessen im Entwicklungsverlauf von Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden.

Verbindliche Anmeldung bis zum 10.06.2021 per Email an: kostlp@mj.niedersachsen.de.

Die Teilnahme ist begrenzt (max. 30 Personen online, max. 20 Personen in Präsenz). Teilnahmegebühren werden nicht erhoben.

Kontakt:
Koordinierungsstelle Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte
Tel.: 0511 120 8722
kostlp@mj.niedersachsen.de

## 2.3 Niedersächsischer Kinderschutzkongress 2021 - Gewaltfreies Aufwachsen möglich machen

Das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung und die Kinderschutz-Akademie in Niedersachsen laden zum diesjährigen Kinderschutzkongress ein.

Angesprochen sind die Träger*innen von Familienbildungs-, Beratungs- und sonstigen Angeboten vor Ort, Erzieher*innen in Kitas und Jugendeinrichtungen, Lehrer*innen, Aktive und Verantwortliche in Verbänden, Ämtern, Polizei und Justiz. Denn sie verfügen über den direkten Zugang zu den Familien und damit über praktischen Einfluss auf die Erziehung.

Die Veranstaltung findet digital am 30.06.2021 statt.

Programm und Anmeldung sind hier zu finden.

## 2.4 Informationsveranstaltung zum Präventionsgesetz der FINDER Akademie

Die FINDER Akademie bietet am 18. Mai 2021, von 14.00 bis 15.30 Uhr eine Informationsveranstaltung zum Präventionsgesetz und dessen Anwendung in der Kommune an.

Im Rahmen des kostenfreien Webinars lernen die Teilnehmer*innen:

- welche Fördermöglichkeiten sich aus dem Präventionsgesetz für Ihre Kommune ergeben,
- welche Vorbereitungen für einen erfolgreichen Förderantrag notwendig sind,
- wo wissenschaftlich geprüfte Maßnahmen und Programme gefunden werden können,
- welche Förderprogramme es aktuell gibt.

Weitere Informationen finden Sie hier.

Kontakt:
FINDER e.V.
Tel.: 030 4403 6946
info@finder-akademie.de

## 2.5 Bündnis NIEDERSACHSEN PACKT AN: Workshop „Was können wir gegen Rassismus tun?“

Das Bündnis NIEDERSACHSEN PACKT AN veranstaltet am 11. Mai 2021 in der Zeit von 19:00 Uhr bis ca. 20:30 Uhr einen interaktiven Workshop mit dem Thema „Was können wir gegen Rassismus tun?“.
Dieser Workshop ist eine Kooperation zwischen den Projekten der Amadeu Antonio Stiftung RIAS Niedersachsen (Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus) und Antidot – Engagiert gegen Verschwörungserzählungen sowie dem Bündnis NIEDERSACHSEN PACKT AN.

Die Referent*innen Helge Regner und Johanna Thiemecke, beide Mitarbeitende der Amadeu Antonio Stiftung, vermitteln dabei Kenntnisse über heutige Formen von Rassismus und Antisemitismus, woran rassistische und antisemitische Ausprägungen erkannt werden können und wie jede/r einzelne dagegen im Alltag aktiv werden kann.

Es sollen interaktiv Optionen mit den Teilnehmenden erarbeitet werden, wie jede/r in bestimmten Diskriminierungssituationen im Alltag handeln kann. Eigene Fragen, Unsicherheiten und Erfahrungen können dabei eingebracht werden.

Eine Teilnahme ist kostenlos. Die Veranstaltung wird via Zoom durchgeführt.
Weitere Informationen sowie Anmeldedaten finden Sie hier.

Kontakt:
Niedersächsische Staatskanzlei
Tel.: 0511 1206909
buendnis@niedersachsen.de

# 3. Veröffentlichungen/Wettbewerbe

## 3.1 Neues Buch „Nicht nur ein Tropfen auf den heißen Stein …: Zur Entwicklung von Motiven der Abwendung von rechtsextrem orientierten Szene- und Haltungszusammenhängen“

Im Dezember 2020 erschien im Verlag für Polizeiwissenschaft eine qualitative Studie zur Entwicklung von Motiven der Abwendung von rechtsextrem orientierten Szene- und Haltungszusammenhängen. Interviewt wurden für diese Arbeit sowohl Ausstiegsbegleiter*innen wie auch Beratungsnehmer*innen. Gleichwohl in den letzten gut zwei Dekaden Abwendungsverläufe im Phänomenbereich Rechtsextremismus studiert und sukzessive Abwendungsanlässe identifiziert und diese eingehenden Analysen unterzogen wurden, ist nach wie vor nicht schlüssig erklärt, wie, unter welchen Bedingungen und warum sich individuelle Motivlagen Angehöriger rechtsextrem orientierter Szenekontexte so entwickeln, dass sie schlussendlich in Richtung Abwendung wirksam werden.

Die Arbeit von Stefan Tepper will einen Beitrag dazu leisten, diesen in der Forschung noch unterrepräsentierten Teil von Abwendungsprozessen besser auszuleuchten. Es werden gezielt Bedingungsfaktoren identifiziert und analysiert, die im Verlauf der Entstehung von Motiven der Abwendung von rechtsextrem orientierten Szene- und Haltungszusammenhängen von Bedeutung sind. Dabei wird immer auch deutlich, welche Rolle in diesem Kontext sowohl die rechtsextremen Szeneangehörigen selbst und entsprechend auch ihre individuellen Motivlagen, aber auch ihre szenischen und außerszenischen Umfelder und Kontaktpersonen spielen.

Das Buch ist nicht allein für Ausstiegshelfer*innen interessant, die die Prozesse und Einflussfaktoren zu verstehen suchen, die im Kontext der Entwicklung von Abwendungsmotiven von Relevanz sind und diese Aspekte in ihrer professionellen Arbeit zu berücksichtigen wünschen. Es bietet auch all denjenigen wertvolle Informationen, die sich nicht originär mit der Ausstiegsbegleitung beschäftigen, sondern in anderen Zusammenhängen wie beispielsweise Sozialer Arbeit, Jugendhilfe, Schule, Polizei oder Justiz mit Angehörigen rechtsextremer Szenezusammenhänge in Berührung kommen. Auch in diesen Kontexten und in ihren jeweiligen sozialen wie auch professionellen Rollen vermögen sie grundsätzlich konstruktiv auf die Entwicklung von Abwendungsmotiven einwirken zu können.

Kontakt:
Dr. Stefan Tepper
Tel.: 0511 120 8711
stefan.tepper@mj.niedersachsen.de

## 3.2 Belastungen von Schülerinnen und Schülern in der Pandemie begegnen

Ein Artikel im Schulverwaltungsblatt befasst sich mit auslösenden Faktoren und Folgen der Belastungen von Schülerinnen und Schülern in der Pandemie. Weiterhin präsentiert er Ansätze und Tipps für Lehrkräfte, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen und andere Beschäftigte in den Schulen zum Umgang mit der Pandemiesituation.
Der Artikel kann hier heruntergeladen werden.

## 3.3 Jahresbericht 2020 des Landesbeauftragten gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens

**Dr. Franz Rainer Enste hebt die Vielfalt jüdischen Lebens hervor, Sorgen machen neue Formen des Antisemitismus**
Die Niedersächsische Justizministerin Barbara Havliza hat am 9. April 2021 aus der Hand des Landesbeauftragten gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens, Dr. Franz Rainer Enste, dessen ersten Jahresbericht entgegengenommen.
Der Jahresbericht ist hier abrufbar.

Bei der Übergabe zugegen waren auch der Vorsitzende des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen, Michael Fürst, und die Vorsitzende der Liberalen Jüdischen Gemeinde Hannover und Antisemitismus-Beauftragte des Landesverbandes der Israelitischen Kultusgemeinden, Dr. Rebecca Seidler.

Der vorgestellte Bericht steht ganz bewusst unter der Überschrift *„Jüdisches Leben in Niedersachsen – bereichernd und schützenswert“.* In seinem Jahresbericht erläutert Franz Rainer Enste zum einen die Schwerpunkte seiner Tätigkeit seit seiner Berufung durch das Landeskabinett im Herbst 2019. Zum anderen gibt er für das Land Niedersachsen einen Überblick über die beeindruckende Vielfalt des derzeitigen jüdischen Lebens und über die aktuellen Erscheinungsformen von Antisemitismus.

Ein weiterer Schwerpunkt des Berichts liegt in einer Darstellung der zahlreichen Maßnahmen und Initiativen von Staat und Zivilgesellschaft zur Bekämpfung von Antisemitismus. In diesem Zusammenhang nimmt die Darstellung der vom Landes-Demokratiezentrum geförderten Projekte einen ebenso breiten Raum ein wie die im Zuge von *„321-2021. 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“* stattfindenden Vorhaben.

Kontakt:
Geschäftsstelle des Landesbeauftragten
gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens
Tel.: 0511/ 120-8750
antisemitismusbeauftragter@mj.niedersachsen.de

## 3.4 Polizeiliche Kriminalstatistik 2020: Historisch niedrige Kriminalitätszahlen und gleichzeitig höchste Aufklärungsquote

Am 22. März 2021 wurde die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) für das Jahr 2020 vorgestellt. Insgesamt wurden 497.158 Fälle polizeilich registriert, ein Rückgang um 9.424 Fälle gegenüber dem Jahr 2019. Die Aufklärungsquote erreichte mit über 64 Prozent den absoluten Höchststand seit 1990 und zeigt insgesamt, dass die Polizei Niedersachsen die richtigen Strategien verfolgt, um das Leben der Menschen noch sicherer zu machen.

Ein Teil der jüngsten positiven Entwicklungen ist auch auf Corona zurückzuführen, da es schlichtweg weniger Gelegenheiten für Kriminalität gab. Allerdings dürfte die Pandemie auch zu Verschiebungen innerhalb der Kriminalität geführt haben. So kam es zu einem deutlichen Anstieg der sog. Cybercrime-Delikte („Fake-Shops“, „Phishing-Delikte“) um 24 Prozent (42.785 Fälle) und einem deutlichen Rückgang registrierter Wohnungseinbruchdiebstähle um 18 Prozent (7.738 Fälle).
Ob die erneute Zunahme festgestellter häuslicher Gewalt um 7 Prozent auf 21.509 Fälle pandemiebedingt ist, soll durch eine derzeit laufende Dunkelfeldstudie des Landeskriminalamtes Niedersachsen noch näher untersucht werden.

Die Zahlen sind insgesamt auch ein Beleg für die positiven Weiterentwicklungen der Polizei Niedersachsen in den letzten Jahren und Beleg für die insgesamt gute Arbeit aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter trotz oder auch gerade wegen der Corona-Pandemie mit ihren zahlreichen Auswirkungen.

Vertiefende Informationen zur PKS sind hier verfügbar.

## 3.5 Ratgeber zum Umgang mit rechten Angriffen und Bedrohungen auf Kommunalpolitiker*innen und Verwaltungen

Morddrohungen per E-Mail, Facebook und Twitter oder als Graffiti an der Hauswand, rassistische und antisemitische Bedrohungen, zerschnittene Autoreifen: Viele kommunalpolitisch Engagierte und Mitarbeiter*innen in Verwaltungen erleben in der Pandemie eine Zuspitzung von rechten Angriffen und Drohungen. Doch ins Blickfeld der Öffentlichkeit geraten die Anfeindungen oftmals erst, wenn sich die Angegriffenen – wie zuletzt der Grünen-Politiker Tareq Alaows – aus ihren Positionen oder Ämtern zurückziehen. Oder wenn Mitarbeiter*innen von Verwaltungen bei anhaltenden Drohungen beispielsweise aus der Szene von Reichsideolog*innen oder von Coronaleugner*innen unter Polizeischutz arbeiten müssen.

Die Bundesverbände Mobile Beratung und der Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt haben nun einen 45-seitigen Ratgeber für kommunalpolitisch Engagierte veröffentlicht. Mit praktischen Handlungsmöglichkeiten wird sich sowohl an direkt Betroffene, sowie deren Familien und Freund*innen als auch an Vorgesetzte und Verantwortungsträger*innen in Kommunen und demokratischen Parteien gerichtet.

Die Handreichung ist als Download zu erhalten:
Ratgeber_Bedrohungen_Kommunalpolitik.pdf (bundesverband-mobile-beratung.de)

In Niedersachsen stehen die Beratungseinrichtungen unter Mobile Beratung Niedersachsen – gegen Rechtsextremismus für Demokratie (mbt-niedersachsen.de) oder Betroffenenberatung Niedersachsen zur Verfügung.

## 3.6 Handlungsempfehlungen Antisemitismus im Fußball

Antisemitische Beschimpfungen, Bedrohungen und gewalttätige Übergriffe gegen jüdische und nicht-jüdische Vereine, Spielerinnen und Spieler und deren Fans sind sowohl im Profifußball als auch im Breitensport kein neues Phänomen. Wirksame und vorbeugende Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus sowie Forschung, die zur Aufklärung und Weiterentwicklung von Bildungsangeboten beiträgt, sind bisher allerdings nur vereinzelt vorhanden. Im Rahmen des Kooperationsprojekts „Wer gegen wen? Gewalt, Ausgrenzung und das Stereotyp ‚Jude' im Fußball" der Gedenkstätte Bergen-Belsen und des Jüdischen Weltkongresses (World Jewish Congress) wurde nun ein Leitfaden zum Umgang mit Antisemitismus entwickelt.

Das Projekt wurde vom Landes-Demokratiezentrum Niedersachsen sowie dem World Jewish Congress gefördert.

Die Handlungsempfehlungen sind hier (pdf. - nicht barrierefrei) abrufbar.

## 3.7 Wettbewerb „Gute Nachbarschaft" 2021

Das Niedersächsische Ministerium für Umwelt, Bauen und Klimaschutz (MU) lobt im Jahr 2021 erneut den Wettbewerb „Gute Nachbarschaft" zur Förderung von Maßnahmen der Gemeinwesenarbeit und des Quartiermanagements aus. Dabei sollen innovative Projekte zur Stärkung der Integration und Teilhabe finanziell unterstützt werden.

Die Auswahl der zu fördernden Projekte wird durch eine unabhängige Jury vorgenommen.
Der Wettbewerb endet am **26. Mai 2021**.

Für Fragen steht Ihnen die Servicestelle zur Verfügung:

**André Isensee**
Tel: 0160 3096537
andre.isensee@lag-nds.de

**Aristea Kiehl**
Tel: 0163 4052077
aristea.kiehl@lag-nds.de

**Markus Kissling**
Tel: 0160 3013205
markus.kissling@lag-nds.de

Weitere Informationen finden Sie unter Wohnquartiere stärken, Integration und Teilhabe fördern! | Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement in Niedersachsen (gwa-nds.de).

## 3.8 Wettbewerb „Unbezahlbar und freiwillig – Der Niedersachsenpreis für Bürgerengagement“

Seit dem 15. April bis zum 15. Juli 2021 können sich Ehrenamtliche um die Auszeichnung "Niedersachsenpreis für Bürgerengagement" unter dem Motto "unbezahlbar und freiwillig" bewerben. Zur Teilnahme sind Vereine, karitative Institutionen, Initiativen, Selbsthilfegruppen und andere Helferinnen und Helfer aus Niedersachsen eingeladen, die sich freiwillig und gemeinwohlorientiert engagieren.

Der Wettbewerb „Unbezahlbar und freiwillig – Der Niedersachsenpreis für Bürgerengagement“ wurde von den Sparkassen in Niedersachsen, den VGH Versicherungen und der Niedersächsischen Landesregierung initiiert.

Insgesamt werden zehn Preise im Gesamtwert von 30.000 Euro vergeben. Die Preisübergabe erfolgt im Rahmen einer Veranstaltung am 4. Dezember 2021.

Weitere Informationen können der Internetseite www.unbezahlbarundfreiwillig.de entnommen werden.

# 4. Kommunales/Verschiedenes

## 4.1 Online-Vortragsreihe „Alles OK im WWW?“ des Präventionsrates Oldenburg

Der Präventionsrat Oldenburg bietet seit März 2021 an jedem letzten Dienstag im Monat Vorträge im Rahmen der Vortragsreihe „Alles OK im WWW?“ an.

Es handelt sich dabei um Themen rund um die Internetnutzung von Kindern und Jugendlichen. Die Vortragsreihe richtet sich an Eltern, pädagogische Fachkräfte und Interessierte.

Der nächste Vortrag wird am 25. Mai 2021 stattfinden.

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.praeventionsrat-oldenburg.de.

Kontakt:
Melanie Blinzler
Tel.: 0441 235 3611
praeventionsrat@stadt-oldenburg.de

## 4.2 Förderpreis Jugendarbeit 2021 des Landkreises Aurich

Das Amt für Kinder, Jugend und Familie des Landkreises Aurich lobt eine Förderung mit einem Gesamtbetrag von 3000,00 Euro für gute Jugendarbeit aus.

Der Preis wird an Jugendgruppen, Vereine, Verbände, Organisationen, Initiativen und Jugendarbeitsinstitutionen im Landkreis Aurich für herausragende Projekte der Kinder- und Jugendarbeit vergeben.

Bewerbungsfrist läuft bis zum 01. September 2021.

Weitere Informationen zu Kriterien sowie Bewerbungsunterlagen finden Sie hier.

Kontakt:
Herr Voß
Landkreis Aurich
Tel.: 04941 165435
kreisjugendpflege@landkreis-aurich.de

## 4.3 Fachtagung „Neue Psychoaktive Substanzen und Darknet“ des Kommunalen Präventionsrates Delmenhorst

Der Kommunale Präventionsrat (KPR) Delmenhorst lädt zu der digitalen Fachtagung „Neue Psychoaktive Substanzen und Darknet“ am 22. Juni 2021, von 09.00 bis 12.20 Uhr ein.

Einmal jährlich organisiert der Fachkreis Suchtprävention und Gesundheitsförderung des KPR Delmenhorst zusammen mit der Anonymen Drogenberatung AWO Trialog eine Fachtagung zu aktuellen Themen.
Die Fachtagung wendet sich an Fachkräfte u.a. aus Beratungsstellen, Schulen, Jugendhäusern, Streetwork sowie an die interessierte Bevölkerung.

Im Fokus der Veranstaltungen stehen aktuelle Erkenntnisse und Fragestellungen zum riskanten Konsum von legalen und illegalen Drogen, Medien, Glücksspiel und Sportwetten. Mit renommierten Referent*innen aus Wissenschaft und Lehre sowie mit der Veröffentlichung lokaler Schülerbefragungen gibt die Tagung Impulse für die Präventionsarbeit und die Berufspraxis mit Jugendlichen.

**Vorträge:**

- **„Neue Psychoaktive Substanzen – ein Update**“, Prof. Volker Auwärter, Forensische Toxikologie im Universitätsklinikum Freiburg
- **„Das Darknet als Handlungsfeld menschenrechts-professioneller Sozialer Arbeit“**, Marc Hasselbach, Sozialpädagoge

**Anmeldungen:**

- Anmeldungen unter kpr@delmenhorst.de
- Anmeldeschluss am **04. Juni 2021**

Rechtzeitig vor der Veranstaltung erhalten Sie die Zugangsdaten und weitere Informationen.

Technische Fragen beantwortet Herr Tim Berthold tim.berthold@awo-ol.de.

Kontakt:
Ruth Steffens
Tel.: 04221 992519
kpr@delmenhorst.de

## 4.4 Onlinebefragung zu Situation und Perspektiven des Ehrenamtes in Niedersachsen

Die Enquetekommission „Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement verbessern“ (EKE), eingesetzt vom Niedersächsischen Landtag, startet eine Onlinebefragung zur Situation und Perspektiven des Ehrenamtes in Niedersachsen.
Die Befragung nimmt ca. 15 Minuten Zeit in Anspruch. Dabei haben Teilnehmende die Möglichkeit ihre Erfahrungen mit ehrenamtlichen Tätigkeiten sowie ihre Ideen zur Optimierung der Rahmenbedingungen für das Ehrenamt in Niedersachsen mitzuteilen.
Die Teilnahme kann bis zum 28. Mai 2021 erfolgen.

Weitere Informationen finden Sie hier.

## 4.5 Broschüre „Gemeinsam gegen sexuellen Missbrauch“ und Erklärfilm „Sexueller Missbrauch – Infos für Kids“ der Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen

Die Broschüre **„Gemeinsam gegen sexuellen Missbrauch – Handlungsorientierungen für die Prävention und Intervention**“ wendet sich an alle Fachkräfte, die mit Kindern arbeiten.
Bei diesem Thema sind pädagogische Fachkräfte mit ihrer ganzen Sensibilität und Professionalität gefragt. Sie brauchen gute Antennen für die Notsignale von Kindern, die sich nicht trauen zu sprechen. Und sie benötigen eine verlässliche Orientierung, wie sie umsichtig und kompetent mit einem Verdacht oder einer Gewissheit umgehen können, wenn ein Missbrauch passiert ist.

Die Broschüre erklärt, bei welchen Anzeichen Erwachsene aufmerksam werden sollten, wie ein Gespräch mit einem betroffenen Kind verlaufen kann und welche Interventionsschritte anschließend sinnvoll sind.

Ein zweiter Schwerpunkt der Broschüre betrifft die Prävention. Mit Hinweisen für die pädagogische Arbeit zu Themen wie „Gefühle“, „Berührungen“, „Geheimnisse“ sowie weiterführenden Literatur- und Materialtipps bietet die Broschüre eine gute Basis für eine vertiefte Auseinandersetzung mit allen Facetten des Themas.

**Zur Bestellung:** www.jugendschutz-materialien.de
**Zum Download:** www.jugendschutz-niedersachsen.de/gemeinsam-gegen-sexuellen-missbrauch/

Das **Erklärvideo „Sexueller Missbrauch – Infos für Kids“** vermittelt in einfachen Bildern und kindgerechter Sprache, was sexueller Missbrauch ist. Dabei werden Kinder bestärkt, ihren eigenen Gefühlen zu vertrauen, "Nein" zu sagen, wenn jemand ihre persönlichen Grenzen überschreitet und ermutigt, sich Hilfe zu suchen, wenn ihnen so etwas passiert.
Die Kernaussagen des Films – "Kinder haben nie Schuld, wenn ein sexueller Missbrauch passiert" und "Kinder haben ein Recht auf Hilfe" werden mit konkreten Beispielen bebildert. Sie sollen dazu motivieren, sich an Vertrauenspersonen zu wenden, die in einer Notlage unterstützen können.

Der Trickfilm adressiert Kinder im Grundschulalter und soll die Präventionsarbeit in Schule und Jugendhilfe unterstützen. Pädagogische Fachkräfte können das Video als Gesprächsanlass über sexuelle Grenzverletzungen und Missbrauch nutzen und dabei vermitteln, an wen Kinder sich in solchen Situationen wenden können.

**Zum Download:** www.jugendschutz-niedersachsen.de/gemeinsam-gegen-sexuellen-missbrauch/sexueller-missbrauch-infos-fuer-kids/

Die Broschüre und der Film wurden im Rahmen des landesweiten Präventionsprojektes „Gemeinsam gegen sexuellen Missbrauch“ erarbeitet, das vom Niedersächsischen Sozialministerium gefördert wird. Weitere Informationen zum Projekt finden Sie hier.

Kontakt:
Andrea Buskotte
Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen
Tel.: 0511 858788
info@jugendschutz-niedersachsen.de

## 4.6 Digitale Umsetzung von Präventionsprogrammen

In Zeiten der Pandemie sind digitale Umsetzungsmöglichkeiten von Präventionsangeboten wichtiger denn je. Auf dem Informationsportal „Die Initiative“ sind Präventionsangebote gesondert gekennzeichnet, die auf „Corona-Rahmenbedingungen“ angepasst wurden.

Die Steckbriefe für schulische Programme sind hier zu finden, die für den Bereich der Kindertagesstätten hier.

## 4.7 Projekte des DFK für die Präventionspraxis

Die Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) initiiert und fördert viele Projekte für Akteur*innen der Präventionsarbeit.
Im Themenfeld der „**schulischen Präventionsarbeit“** macht das DFK auf mehrere aktuelle Projekte aufmerksam:

- Lektüre „Praxisorientierte Informationen und Hinweise für Schulleitungen“
- PARTS (Präventionsprogramm zur Förderung von Akzeptanz, Respekt, Toleranz & sozialer Kompetenz) - ein Programm zur Vorurteilsprävention in Grundschulen
- Hilfestellung zur Antragstellung nach dem Präventionsgesetz (PrävG) für Schulen und Kitas
- PRIMO – Prävention und Intervention am Beispiel Mobbing- ein Format für die *Lehrkräftebildung*

Die Zusammenstellung der aktuellen Projekte des DFK mit weiteren Erläuterungen finden Sie hier.